



# Konstruktionsfehler

## *Christian Felber über die EU und notwendige Systemreparaturen*

Für das chronische Desinteresse der Menschen an den Europa-Wahlen werden verschiedene Gründe genannt: Vom Demokratieloch in Brüssel über das Spesenwesen bis zur angeblichen Ferne von „Europathemen“.

Vielleicht gibt es aber noch einen Grund: die EU hat sich von einer ihrer Gründungsideen – Friede am europäischen Kontinent – meilenweit wegentwickelt. Im Kern ist sie heute eine Freihandelszone, die nicht die Lebensinteressen der Menschen ins Zentrum ihrer Politik stellt, sondern Handels- und Geschäftsinteressen.

Herzstück der EU ist der Binnenmarkt, der auf vier Wirtschaftsfreiheiten beruht: Kapitalverkehr, Warenhandel, Dienstleistungshandel und Personenmobilität. Die fundamentalen Pfeiler der EU sind nicht: soziale Sicherheit, Friede, Umweltschutz oder Menschenrechte. Diese Schiefelage bereitet vielen Menschen Unbehagen: Freihandel als Fundament für eine „Europäische Identität“ ist zuwenig.

Der Binnenmarkt war von Beginn an kein Projekt der Menschen, sondern für die Konzerne. 1984 legte der European Round Table of Industrialists ERT, ein Zusammenschluss der 45 größten EU-Trusts, einen Entwurf für einen „gemeinsamen Europäischen Heimat-Markt“ vor. Willig bastelte die Kommission daraus via Europäische Einheitliche Akte (1987) den Gemeinsamen Markt.

„Binnenmarkt“ klingt harmlos, er ist aber für den ruinösen Standortwettbewerb innerhalb der EU verantwortlich, der jeden Fortschritt in der Steuer-, Sozial-, Lohn-, Umwelt- und Konsumentenschutzpolitik zumindest erschwert. Will ein Land seine Standards erhöhen oder auch nur halten, kommt die Wettbewerbskeule und erübrigt oft schon die Debatte. Und: Der Binnenmarkt frisst sich Stück für Stück in die öffentlichen Dienstleistungen, die traditionell von Wettbewerb und Profitstreben ausgenommen waren. Die Bereiche Post, Telefon, Strom, Gas und Eisenbahngütertransport sind bereits liberalisiert, mit teils niederschmetternden Ergebnissen: In Österreich sperrt jedes dritte Postamt zu, 20 Prozent der Arbeitsplätze wurden vernichtet, gleichzeitig wurde die Post zum Teil empfindlich teuer. Dennoch geht die Liberalisierung aggressiv weiter. Das nächste „Häppchen“ ist die Trinkwasserversorgung, die großen Brocken Gesundheit und Bildung folgen zum Schluss.

Standortwettbewerb (nach unten) und Liberalisierung-Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen würden von der großen Mehrheit der Menschen abgelehnt – wenn sie gefragt würden. Das ist der doppelte Konstruktionsfehler der EU: Sie schließt die Menschen von der Mitbestimmung aus, damit nationale Minister in Brüssel Projekte durchzusetzen können, die zu Hause nicht mehrheitsfähig wären.

Geht die EU diesen Weg weiter, wird sie scheitern. Eine undemokratische Freihandelszone will bis auf eine Handvoll Großkonzerne niemand. Soll die EU Bestand haben, müsste sie sich nicht nur radikal demokratisieren, sondern auch

in eine Sozial-, Umwelt-, Friedens- und Menschenrechtsunion umpolen. Auf die neuen Abgeordneten wartet nicht nur die Reparatur des Spesensystems.

*Erschienen im „Kurier“ am 22. Juni 2004*